

Wöchentlich 55 Bl., monatlich 1,60 M., im voraus zahlbar, Volleinsparung 4,20 M. einschließlich Beleggeld. Auslandabonnament 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Donnerstags und Sonntags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Volk und Zeit“ und „Kinderzeitung“, „Berliner Unterhaltung und Witz“, „Frauenstimme“, „Lesart“, „Bild in die Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einipaltige Sonntagsausgabe 40 Blätter, 1. Heft: „Kleine Anzeigen“ das eingetragene Wort 25 Blätter (jeweils zwei wöchentliche Beilagen), jedes weitere Wort 12 Blätter. Sonntagsausgabe des 1. Heftes 10 Blätter, jedes weitere Wort 10 Blätter. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 66. Wöchentlich. Familienanzeigen für Wochenenden Seite 40. Wöchentlich. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Einbezug 2, wochentlich, von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Töndel 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wollfr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Briands erstaunlicher Optimismus

In zwei Monaten Reparationsregelung — dann Räumung!

Frankfurt a. M., 19. September. (Eigenbericht.)

Der Genfer Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht im ersten Morgenblatt vom Donnerstag ein Interview mit Briand. Zunächst befragte die französische Außenminister über die Haltung der deutschen Presse. Er sei auf das bestmögliche kritisiert worden; man müsse jedoch die Dinge sehen, wie sie seien. Das tue die deutsche Presse nicht, und das erschwere die sachliche Arbeit.

In bezug auf das Rheinlandproblem führte Briand aus: „Man muß richtig verstehen, um was es sich handelt. Wir zahlen unsere Schulden an Amerika und werden sie weiter zahlen, unabhängig von dem, was in der Reparationsfrage erzielt werden wird. Aber das französische Volk möchte gern endgültig wissen, was es von Deutschland jetzt erwarten kann. Das Reparationsproblem ist eine Frage für sich. Es geht Amerika überhaupt nichts an, da wir ja weiter unsere Schulden zahlen werden. Es kann bei allerseitigem guten Willen

in ganz kurzer Zeit geregelt werden, vielleicht in einigen Wochen, vielleicht in zwei Monaten. Ist es geregelt, dann kann sofort die Totalräumung eintreten.

In Deutschland wird die in Aussicht genommene Kommission als Kontrolle angesehen. Man muß die Verträge kennen, insbesondere den Artikel 213 des Versailler Vertrages. Die Kontrolle besteht bereits, und sie könnte sehr unangenehm werden. Deshalb eben haben wir die Kommission vorgeschlagen, die im Bedarfsfalle alles auf das Versöhnlichste erledigen soll. Es gibt solche Kommissionen ja auch anderswo, z. B. zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada, wo sie aus beste gearbeitet haben. Deutschland soll in der Kommission von Locarno ja auch keine Mitglieder haben. Auch sie können Beschwerden vorbringen. Schikanen sind von uns wirklich nicht zu befürchten.“

Briand erklärte zum Schluß: „Deutschlands Wünsche von Locarno, so wie sie mir damals vom Reichskanzler Luther präzisiert wurden, habe ich alle erfüllt; ich habe sie erfüllt von A bis Z. Es ist kein Wunsch unerfüllt geblieben. Doch man muß Locarno nicht als einen Zauberhut behandeln, aus dem man immer wieder neue Dinge herauszaubern will, bald eine Ziege, bald ein Lamm, bald einen Hasen.“ Der Berichterstatter erwiderte: „Aber es fehlen doch die Wirkungen des Weisses von Locarno?“ Briand antwortete: „Gerade deshalb wollen wir uns jetzt daran machen, den Krieg mit seinen Rechtserscheinungen endgültig zu liquidieren. Das kann in sehr kurzer Zeit geschehen, damit wir eine wirkliche Politik des Einvernehmens (Entente) treiben können. Es liegt wirklich

kein Grund zum Pessimismus

vor. Aber jetzt haben wir einen Sturm in der deutschen Presse, und er erzeugt bereits einen Sturm in den französischen Zeitungen. Die Publizisten müssen den Bülkern die Wahrheit sagen, dann werden wir es leichter haben.“

Der Optimismus, mit dem Briand den Arbeiten der Sachverständigenkommission für die endgültige Regelung der Reparationsfrage entgegensteht, ist geradezu erstaunlich. Man kann natürlich nur wünschen, daß er mit seiner Prophezeiung recht behalte, wonach die Kommission ihre Arbeiten binnen zwei Monaten beendet haben könnte. Nur will es uns scheinen, daß er die Schwierigkeiten erheblich

unterschätzt. Wenn er insbesondere den Gedanken einer Mitwirkung Amerikas an der Reparationsregelung mit einer leichten Handbewegung abtut, so begeht er anscheinend eine Verwechslung: die Regierung der Vereinigten Staaten hat in der Tat mit der Reparationsfrage nichts zu tun und hat selbst betont, daß sie damit nichts zu tun haben will. Aber das amerikanische Finanzkapital ist für eine erhebliche Mobilisierung der deutschen Schuld kaum zu entbehren, da es über einen erheblichen Teil des Weltvermögens verfügt. Wiederum steht zu befürchten, daß die New-Yorker Bankiers nichts unternehmen ohne die Zustimmung des Weißen Hauses. Daran sind schon vor zwei Jahren die Pläne von Thoiry alsbald gescheitert, weil die interalliierte Schuldenfrage plötzlich hineinspielte. Schon damals wurde Briands Optimismus enttäuscht. Deshalb erscheint es angebracht, die Hoffnungen etwas zu dämpfen, die die neuen Äußerungen des französischen Außenministers in Deutschland erwecken könnten.

Deutsch-französische Besprechungen.

Genf, 19. September. (Eigenbericht.)

In den letzten Tagen fanden zwischen deutschen und französischen Delegationsmitgliedern inoffizielle Verhandlungen über die Durchführung der am Sonntag zwischen den Besatzungsmächten und Deutschland getroffenen Vereinbarungen statt. Man erörterte die Frage, wie man am schnellsten zu den in der Vereinbarung vorgesehenen offiziellen Verhandlungen gelangen könnte. Coucheur, der außer Breitscheid und Staatssekretär Schubert an den Verhandlungen beteiligt war, ist am Mittwochabend nach Paris gereist. Er dürfte bereits am Freitag nach Genf zurückkehren und dann für weitere Vereinbarungen vorbereitet sein.

Botschafter v. Hoersch und Schacht beim Reichskanzler

Mittwoch vormittag empfing der Reichskanzler den deutschen Botschafter in Paris, v. Hoersch, und im Anschluß daran den Reichsbankpräsidenten Schacht.

Sozialistische Vierländerkonferenz.

Brüssel, 19. September.

In der heutigen Sitzung des Generalrates der belgischen Arbeiterpartei wurde mitgeteilt, daß deutsche, französische, englische und belgische Sozialisten am 3. und 4. Oktober in Paris zu einer Sitzung zusammentreten werden, um die internationale politische Lage zu prüfen.

Diese von W.B. verbreitete Meldung dürfte insofern den Tatsachen entsprechen, als am gestrigen Tage der Parteivorstand der SPD. ein Schreiben des französischen Parteisekretariats erhalten hat, das eine solche Anregung enthält. Der Parteivorstand hat bereits seine Zustimmung zu einer solchen Konferenz nach Paris übermittelt. In dem Schreiben ist allerdings vom 3. und 4. November die Rede. Dieser Widerspruch mit der Brüsseler Meldung bleibt noch aufzuklären.

Jetzt spielen die sogenannten zwei Demokraten in Mecklenburg-Strelitz Regierungskrise. Sie schwächen von einem sozialistischen Diktator, von unmöglichen politischen Zuständen, von der Notwendigkeit einer Umwandlung der Regierung. Mit anderen Worten: es möchte einer von ihnen auch Minister werden. Man muß sich hüten, dies Spiel für politischen Ernst zu nehmen. Es hat nur die eine Bedeutung: es illustriert die Vörsichtigkeit der Zwergstaatenwirtschaft.

Der Reichspräsident in Waldenburg.

Die Not des Industriegebiets.

Der Reichspräsident besuchte auf seiner Schiefenreise gestern das Waldenburger Industriegebiet. Oberbürgermeister Biehnert und Landrat Franz wiesen in Begrüßungsansprachen auf die drückende wirtschaftliche und kulturelle Not des Industriegebietes hin. Der Reichspräsident antwortete auf die Begrüßungsansprachen mit dankenden Worten, denen er hinzufügte:

„Das Gland, das ich hier gesehen habe, erschüttert mich aufs tiefste. Ich verspreche Ihnen noch einmal persönlich, daß hier bald etwas geschehen muß. Was darüber werden die betreffenden Herren zu verhandeln haben.“

Im Anschluß an den Besuch in Waldenburg besichtigte der Reichspräsident das Kindererholungsheim Weißstein.

Bruch mit dem Vorrecht!

Bahn frei für Lernbegierige!

Von Valtin Hartig.

Für die großen Massen des arbeitenden Volkes ist die Lage auf dem Gebiete des Bildungswesens so unbefriedigend wie je. Das Bildungsprivileg der Begüterten besteht immer noch. Es muß gebrochen werden. Auch die höheren Schulen müssen den Kindern der Unbemittelten zugänglich sein und das Hochschulstudium darf ihnen nicht länger verschlossen bleiben.

Reformen werden genug vorgeschlagen; aber sie bleiben alle im Organisatorischen stecken. Gewiß, die Verbesserung des Lehrplans, Verlängerung der Schulzeit — die Gewerkschaften fordern mit Recht ein neuntes Schuljahr —, Aenderung des Aufbaus der Volks-, Berufs- und Fachschulen sind äußerst wichtig und müssen betrieben werden. Aber klar soll man sich darüber sein: keine dieser Schulreformen wird daran wesentliches ändern, daß die höheren Schulen und erst recht die Hochschulen das Privileg der Begüterten bleiben. Hier müssen soziale Maßnahmen eingreifen, und zwar Erziehungsbeihilfen in großem Ausmaß. Schon immer konnte theoretisch jeder Volksschüler in einem Gymnasium usw. Aufnahme finden, er mußte nur die verlangte Begabung nachweisen. Praktisch kam aber das Kind eines Arbeiters sehr selten in die Lage, nach dieser Hinsicht geprüft zu werden, weil der Vater die nachfolgenden Schulkosten nicht zahlen konnte; praktisch wurde also der Geldbeutel der Eltern die Voraussetzung zum Besuch der höheren und erst recht der Hochschulen. Schlagend beweisen es die Zahlen: die Besucher der höheren Schulen stammen zu 6 Proz., die der Hochschulen gar nur zu 1 Proz. aus Arbeiterkreisen. Gewiß werden Schulgeldbefreiungen den Kinderbemittelten vielfach gewährt, und das Beispiel Berlins soll in dieser Hinsicht anerkennend hervorgehoben werden. Das hat zur Folge, daß in den unteren Klassen zwar Arbeiterkinder zu finden sind, aber die Schule ganz absolvieren können sie nur in den seltensten Fällen. Wehrigens wird mancher Vater durch die Gewißheit, sein Kind das Studium doch nicht vollenden lassen zu können, davon zurückgehalten, es in die höhere Schule zu senden. Wenn der Durchschnittslohn des deutschen Arbeiters pro Woche 39 M. für einen ungelerten, 51 M. für einen gelerten ohne die Abzüge beträgt, die sich ja auch noch auf 5 bis 6 M. pro Woche belaufen, dann ist für den Familienvater eine Mehrausgabe von einigen Mark für ein Kind, das in eine mittlere oder höhere Schule geht, schon eine starke Belastung. Selbst wenn er sie einige Jahre ausfällt, muß er seinen Sohn doch schließlich aus der Schule herausnehmen, die Kosten für dessen Unterhalt wachsen ja auch. Mit 18 Jahren steht eben das Arbeiterkind im Erwerbsleben, das der Begüterten sieht noch in der höheren Schule. Da hilft keine organisatorische Schulreform.

Das Bildungsprivileg der Begüterten muß im Interesse des deutschen Volkstums und besonders im Interesse des neuen Volkstaates beseitigt werden. Da es eine nichterne Geldfrage ist, könnte es ziemlich rasch und mit verhältnismäßig nicht einmal sehr großen Mitteln wesentlich eingedämmt werden. Prinzipiell hat diesen Weg die Reichsverfassung anerkannt, indem sie in Artikel 146 Abs. 3 sagt:

Für den Zugang Kinderbemittelter zu den mittleren und höheren Schulen sind durch Reich, Länder und Gemeinden öffentliche Mittel bereitzustellen, insbesondere Erziehungsbeihilfen für die Eltern von Kindern, die zur Ausbildung auf mittleren und höheren Schulen für geeignet erachtet werden, bis zur Beendigung der Ausbildung.

Im diesjährigen Reichsetat sind demgemäß 600 000 M. für Beihilfen eingelegt. Aber sie genügen bei weitem nicht. Sie müssen sehr erheblich für diese so bedeutsame und für die ganze Zukunft und den Charakter des Volkstaates geradezu entscheidende Aufgabe erhöht werden. Es ist deshalb zu begrüßen, daß, wie Genosse Severing in Hamburg ankündigte, im nächstjährigen Etat diese Summe sehr wesentlich heraufgesetzt werden soll.

Die Beihilfe könnte etwa in dieser Weise gewährt werden: Begabte und bedürftige Kinder erhalten Schulgeldbefreiung und in den letzten vier Jahren der höheren Schulen einen kleinen monatlichen Zuschuß, um ihre Familie zu entlasten. Für das Hochschulstudium müßte ihnen auf vier Jahre das Stipendium verlängert und erhöht werden. Zur Durchführung des Planes müßten an den höheren Schulen Stipendienausschüsse eingesetzt werden, in denen auch die Gewerkschaften vertreten sein müßten. Man könnte als eine Bedingung für das Stipendium eine Einkommensgrenze der Eltern festsetzen oder doch festlegen, daß dieses Stipendium nur für Kinder von Lohnempfängern in Frage käme.

Als ersten Einwand wird man natürlich sofort zu hören bekommen, das Intellektuellenproletariat und die Akademikerarmut sei schon groß genug. Wo solle denn die große Zahl der Studenten einmal ein Unterkommen finden? Aber kann das ein Grund sein, den Begüterten das Bildungsprivileg zu erhalten? Wäre nicht durch den Zudrang der

Von der Kleinstaaterei.

Thüringer Dauerkrise.

Weimar, 19. September.

Der Kabinettsrat, der heute zur Beratung der durch die Fortdauer der Regierungskrise notwendig gewordenen Vertagung der für Donnerstag einberufenen Landtagsitzung zusammentrat, beschloß, die Festlegung der nächsten Plenarsitzung des Landtages dem Präsidenten zu überlassen. Falls die Regierungsbildung in den nächsten vierzehn Tagen noch nicht zustande kommen sollte (!), wird der Kabinettsrat in der ersten Oktoberwoche wieder einberufen.

Je kleiner das Land, um so häufiger die Krise.

Das Miniaturland Mecklenburg-Strelitz hat wieder einmal eine Regierungskrise. Die wirtschaftliche Arbeitgemeinschaft, der zwei Demokraten und vier Handwerker angehören, droht dem sozialdemokratischen Minister von Reibnig mit „schärfstem Mißtrauen“. Die Einwohner des Miniaturlandes haben kurz hintereinander zweimal gewählt, dann haben sie wochenlang ohne Regierung gelebt — es ging auch so — bis schließlich der Landtagspräsident den Sozialdemokraten von Reibnig zum Minister ernannte.

Coty hegt gegen Deutschland.

Aber auf seine deutsche Kundschaft will er nicht verzichten.

Frankfurt a. M., 19. September. (Eigenbericht.)

Am 7. Februar veröffentlichte der „Frankfurter Generalanzeiger“ einen Artikel gegen den französischen Parfümfabrikanten und Zeitungsbesitzer Coty. Ihn, den Inhaber der beiden großen reaktionären Pariser Blätter „Gaulois“ und „Figaro“ (sowie neuerdings des ausgesprochenen Faschistenblattes „Ami du Peuple“, Red. d. „A.“) wurde seine Deutschfeindlichkeit vorgeworfen, die ihn aber nicht hindere, gleichzeitig in den deutschen Zeitungen große Reklame für seine Parfümprodukte zu betreiben, um in Deutschland Geld zu verdienen. Gleichgültig ließ es in dem Artikel, Coty habe sich in Frankreich großer Steuerhinterziehungen schuldig gemacht — womit ein Bild von einem modernen Großindustriellen entworfen war, das uns auch in Deutschland nicht fremd anmutet und wohl allgemein europäische Geltung zu besitzen scheint. Schwerverdiener, Rhabaspatriot, Sozialistenfeind, Inflationsgemindelter, Zeitungsbesitzer und Steuerhinterzieher: wir kennen das Lied, wir kennen den Text!

Der diesmal aus Paris geschickte und deshalb in einem deutschen Generalanzeiger veröffentlichte Typ fühlte sich beleidigt und ließ durch den Berliner Rechtsanwalt Dr. Usberg die Privatklage gegen das genannte Frankfurter Blatt einreichen. Der erste Haupttermin stieg am Mittwoch vor dem Frankfurter Amtsgericht. Der Vertreter des Beklagten erklärte, der Artikel sei einer deutschen Zeitungsforenspendenz entnommen und stütze sich auf die Angaben zweier großer und beachteter Pariser Zeitungen, des „Populaire“ und der „Ameur“. Es sei doch erstaunlich, warum Herr Coty nicht die französischen Gerichte gegen diese französischen Zeitungen anrufen und warum er nicht Léon Blum verklagt habe, der die Beschuldigungen im „Populaire“ wiederholt habe? Wahrscheinlich habe Herr Coty gefürchtet, in Paris könne man den Wahrheitsbeweis für die Beschuldigungen leichter erbringen als in Deutschland. Es sei außerdem die Pflicht eines deutschen Redakteurs, auf Cotys Deutschfeindlichkeit und auf seine zweifelhaften Finanzgeschäfte aufmerksam zu machen. Auch könne es nicht strafbar sein, wenn eine Zeitung Behauptungen weiter verbreite, die bereits unwiderlegt in anderen Blättern gestanden hätten. Im übrigen erklärte der Beklagte, den Wahrheitsbeweis für seine Beschuldigungen antreten zu können.

Dem gegenüber erklärte der Rechtsbeistand des Beklagten, Dr. Usberg, Coty habe dem französischen Ministerpräsidenten seine Ehrlichkeit nachgewiesen. Das genüge wohl. Die „Ameur“ sei ein Mittelblatt allerhöchster Sorte. Der Presse müsse das Recht bestritten werden, einen Politiker und Gegner in solch gewöhnlicher Weise anzugreifen, wie es in dem beklagten Artikel geschehen sei. Hinter den Angriffen gegen Coty stehe die deutsche Konkurrenz. Coty habe bereits gegen die Korrespondenz geklagt, der der Artikel entnommen sei. Dabei sei es zu einem Vergleich gekommen, indem der Beklagte die Behauptungen gegen Coty vollständig mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen habe. Wenn das Gericht einen Wahrheitsbeweis zulasse, müsse sich der Rechtsbeistand des Klägers Gegenanträge vorbehalten.

Der beklagte Redakteur des Generalanzeigers stellte darauf den Antrag, durch einen Sachverständigen, und zwar durch den Leiter für Zeitungen eines an der Universität Frankfurt, feststellen zu lassen, daß die „Ameur“ eine ernsthafte politische Zeitung und die Behauptungen des Klägers, man habe es mit einem Strohblatt zu tun, unzutreffend sei. Das Gericht gab diesem Antrag statt, worauf die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt wurde.

Fort mit dem Revolver!

Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über Schusswaffen und Munition.

Der preussische Minister des Innern hat dem Staatsrat den Entwurf einer Ausführungsverordnung zum Gesetz über Schusswaffen und Munition vom 12. April d. J. und zu seiner Ausführungsverordnung vom 13. Juli d. J. mit der Bitte um beschleunigte Stellungnahme zukommen lassen. Aus den Ausführungsverordnungen gibt der Königlich Preussische Presbendienst folgendes bekannt:

Das Gesetz hat die Erteilung und Rücknahme der Genehmigung zur Herstellung von Schusswaffen und Munition sowie zum Handel mit diesen Gegenständen nicht von fest umschriebenen Voraussetzungen abhängig gemacht, die Entscheidung hierüber vielmehr dem pflichtmäßigen Ermessen der zuständigen Behörde überlassen. Nur in negativer Hinsicht ist bestimmt (§ 2 Abs. 2, § 5 Abs. 2), daß die Bedürfnisfrage nicht entscheidend sein darf. Hierdurch soll die Schaffung von Munition verhindert werden.

Von der Befugnis, Waffenpatente mit Gültigkeit für das ganze Reichgebiet auszustellen, ist nur in besonders begründeten Einzelfällen Gebrauch zu machen. In der Regel wird eine Beschränkung des Geltungsbereichs — je nach Lage des Einzelfalles — auf Provinz, eine Provinz oder einen kleineren bestimmten Verwaltungsbereich den begründeten Bedürfnissen genügen. Auch wird in geeigneten Fällen von der gegebenen Möglichkeit, in dem Waffenschein das Woffenführen auf bestimmte ausdrücklich bezeichnete Gelegenheiten und Verhältnisse zu beschränken, in weitgehendem Maße Gebrauch zu machen sein.

Zur Vermeidung von Strafverfahren wird es sich empfehlen, diejenigen Personen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes waffen oder Munition besitzen, ohne nach den Vorschriften dieses Gesetzes hierzu berechtigt zu sein, zu ihrer schnellen Abgabe im Wege öffentlicher Bekanntmachung aufzufordern. Dabei ist auf die Vorteile der unerschütterlichen Ablieferung der zu Unrecht besessenen Schusswaffen und Munition hinzuweisen, die darin liegen, daß die Abnehmer alsdann straffrei bleiben und darüber hinaus noch eine Entschädigung nach dem gemeinen Wert der abgelieferten Gegenstände zu erwarten haben, sofern sie darüber nicht binnen 6 Monaten zugunsten eines im Sinne des Schusswaffengesetzes Berechtigten durch Abtretung des Herausgabeanspruches verfügen. In der Bekanntmachung darf kein Zweifel darüber gelassen werden, daß die Aufforderung zur Ablieferung der im unrechtmäßigen Besitz gehaltenen Waffen und Munition sich nur auf diejenigen Waffen- und Munitionsorten bezieht, die vom Gesetz über Schusswaffen und Munition erlaubt werden (nicht aber auf Militärwaffen usw., die dem Reich entschädigungslos verfallen sind).

Mit dem Inkrafttreten der Verordnung des Rates der Polizeibeauftragten sind die auf Grund dieser Verordnung seinerzeit abgelieferten und noch im behördlichen Gewahrsam befindlichen Waffen auf Antrag an die Abnehmer zurückzugeben, soweit diese zum Besitz von Waffen nach dem Schusswaffengesetz berechtigt sind.

Das Räumungsproblem.



Ehe der alte Mieter nicht geräumt hat, kann der neue nicht einziehen.

Gefahr in Mitteldeutschland!

Die Schlichtungsverhandlungen aufgefliegen!

Es sieht im Augenblick ganz so aus, als ob in kurzer Zeit der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau wieder einmal zum Kampfsplatz eines scharfen, sehr ersten Arbeitsschlachtes wird. Der Ausgang der Schlichtungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Neuregelung der Löhne, der Arbeitszeit und des Manteltarifs für die mitteldeutschen Braunkohlearbeiter muß sehr pessimistisch klingen. Wie die Dinge im Augenblick liegen, ist eine neue und größere Kraftprobe unvermeidlich — eine Kraftprobe, bei der — das kann man jetzt schon voraussetzen — auf Seiten der Arbeiterschaft mit größter Erbitterung gekämpft werden wird; denn die Haltung der mitteldeutschen Braunkohlenherren bei den Verhandlungen hat dem Jah den Boden ausgeflogen.

Die Schlichtungsverhandlungen sind am Mittwoch abend aufgefliegen. Die Kluft zwischen den Forderungen der Arbeiter und der Haltung der Unternehmer, die auch zu dem geringsten Zugeständnis nicht bereit waren und noch Verschlechterungen in den Arbeitsbedingungen erzwingen wollten, war unüberbrückbar. Ein Weiterverhandeln war unter diesen Umständen zwecklos.

Die Arbeitervertreter beantragten schließlich Vertagung der

Verhandlungen. Dieser Antrag wurde von den Unternehmern abgelehnt. Warum? Das ist eigentlich unverständlich; denn bei ihrer Haltung war ja ein Verhandeln völlig sinnlos. Die Arbeiter machten schließlich kurzen Prozeß; die Verhandlungen wurden abgebrochen. Der Schlichter beabsichtigt nun, in den nächsten Tagen einen neuen Verhandlungstermin anzuberaumen. Wahrscheinlich werden diese Verhandlungen am Sonnabend beginnen.

Mit welcher Frivolität die Unternehmer in dem Lohnkonflikt des mitteldeutschen Braunkohlensiebers vorgehen, zeigt sich an ihrer Haltung in der Urlaubsfrage. Man stelle sich vor: drei Tage Urlaub für Bergarbeiter bis hinauf zu 21 Jahren! Drei Tage Urlaub für Jugendliche, in einer Zeit, wo unendlich viel über gefällige Verankerung einer ausreichenden Urlaubszeit für die Jugendlichen und die jüngeren Arbeiter geredet und geschrieben wird! Und diese Provokation genügt den Braunkohlenherren noch nicht. Sie fordern auch noch Kürzung des Urlaubs ganz allgemein um 50 Proz. für die Randarbeiter, d. h. Kürzung des Urlaubs für circa 6000 Bergarbeiter. Und dazu Ablehnung der Arbeitszeiterkürzung, Ablehnung der Lohnerhöhung! Die mitteldeutschen Braunkohlenherren spielen ein gefährliches Spiel.

Kommunisten für Obrigkeitstaat.

Gegen die Parlamentarisierung des Danziger Senats.

Danzig, 19. September. (Eigenbericht.)

Der Volkstag beschäftigte sich am Mittwoch wiederum mit der Frage der Verfassungsänderung. Nachdem die frühere Vorlage der Unteregierung auf völlige Parlamentarisierung des Senats die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht gefunden hatte, stand jetzt der von den Deutschnationalen eingebrachte Entwurf zur Entscheidung. Der Regierungsmehrheit war es in den Ausschüßberatungen gelungen, den Entwurf seiner reaktionären Bestimmungen zu entkleiden und ihm die Gestalt der früheren Regierungsvorlage zu geben. Trotzdem die darin festgelegte Befreiung des Beamtenrats im Interesse der wertvollen Bevölkerung liegt, lehnten auch diesmal die Kommunisten die Vorlage ab. Auch das Zugeständnis, das die Regierungsparteien in der Frage der Abgeordnetenzahl machten, indem sie statt einer Herabsetzung von 120 auf 72 Abgeordnete nur eine solche auf 90 vornehmen wollten, brachte die Kommunisten nicht von ihrer unverständlichen und volksfeindlichen Gegnerschaft gegen die Verfassungsreform ab. Wenn bis zur Schlußabstimmung, die in der nächsten Woche erfolgt, nicht noch eine Änderung in der Haltung der KPD. eintritt, wird mit ihrer Hilfe das realistischere Beamtenrätsystem zum Schaden einer fortschrittlichen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Freistaates verewigt.

Von der liberalen Hausbesitzergruppe ist für den Fall, daß die Vorlage endgültig scheitert, die Einleitung eines Volks-

entschlusses angekündigt, der mit der Unterstützung der Regierungsparteien zweifellos eine Mehrheit für die völlige Parlamentarisierung des Senats ergeben wird.

„Deutsche Ehrenlegion.“

Mit Fälschung und Betrug.

Frankfurt a. M., 19. September. (Eigenbericht.)

In Offenbach am Main wurden der 25jährige Kaufmann Fritz Wich und der 30jährige Bankbeamte Roland Kuntze wegen Betruges und Urkundenfälschung festgenommen. Beide haben in der letzten Zeit bei den verschiedensten Firmen und Geschäftsleuten größere Geldbeträge gesammelt. Sie bedienten sich bei ihren Betrügereien eines „amtlichen Ausweises“, der jedoch gefälscht war. Außerdem zeigten sie ein Schreiben vor, daß die Sammlung im Auftrage der vaterländischen Verbände erfolge und die gezeichneten Geldbeträge zur Unterstützung der Kriegsspieler verwendet werden sollten. Dieses Schreiben war ebenfalls gefälscht. Die beiden „Ehrenmänner“ sind der Kaffee- und der Schriftführer der rechtsgerichteten Deutschen Ehrenlegion, Ortsgruppe Offenbach am Main.

Die Rotfrontkönigin.

In der „Roten Fahne“ vom 19. September liest man den folgenden Satz:

„Dr. Bergemann ist der gleiche Scharfmacher, der den KPD-Kameraden zu Liebe der holländischen Königin den Grenzübertritt zu einem internationalen Roten Treffen verweigert.“ Die Königin, die ein internationales Rotfrontkämpferfest besuchen will, und der sozialdemokratische Regierungspräsident, der aus Liebe zu Rotfrontkämpfern Rotfront vor der Königin von Holland beschützt — das ist allerliebste. Aber warum kann Scharfmacher?

Oesterreichische Ehrung für Friedrich Ebert. Anlässlich einer Studienfahrt der Bildungszentrale Wien, an der sich eine starke Delegation von Wiener Zeitungsbeamten zwecks Besuches der „Brella“ in Köln beteiligte, wurde in Heidelberg an der Grabstätte des Reichspräsidenten Friedrich Ebert von den Zeitungsbeamten eine Gedenktafel niedergelegt.

Unser neuer Roman.

„Der Fall Barclay“, die Novelle von Tristan Bernard, mit deren Veröffentlichung wir heute beginnen, ist ein Stimmung- und Charakterbild aus dem französischen Soldatenleben. Für ihren literarischen Wert bürgt der Name des Verfassers, der einer der geschicktesten Roman- und Lustspielichter des zeitgenössischen Frankreichs ist. Ueber den Inhalt dürfen wir nichts verraten, da die Erzählung sonst einen ihrer wesentlichsten Reize, den der Spannung und der Ueberraschung, für unsere Leser entziehen würde.

Schlichter gegen Betriebsräte.

Der Schiedspruch für die sächsischen Weber.

In dem Arbeitszeitstreit in den Sächsisch-Thüringischen Weberien wurde unter dem Vorsitz des Stadtrats a. D. Kunze-Berlin als Schlichter ein Schiedspruch gefällt, wonach die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden beträgt. Der Unternehmer ist berechtigt, im Bedarfsfalle wöchentlich drei Ueberstunden anzuordnen, weitere Ueberstunden sind nur mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung zulässig. Verweigert die gesetzliche Betriebsvertretung die Zustimmung, so hat der zuständige Schlichtungsausschuss innerhalb drei Tagen zu entscheiden; bis dahin sind die zunächst angeforderten Ueberstunden zu leisten. Der Zuschlag für die ab der 48. Stunde bis einschließlich 53. Stunde geleisteten Ueberstunden beträgt 25 Proz. und wird für die Zeitlöhne auf den tariflichen Zeitlohnfuß und für die Akkordarbeiter auf den tariflichen Akkordlohnfuß berechnet. Für weitere Ueberstunden gelten die Bestimmungen des § 3 des Mantelvertrages. Die Erklärungsjahr ist bis 28. September 1928, mittags 12 Uhr.

Dazu wird uns geschrieben:

Nach vor Zusammenritt der Schlichterkammer erklärten die Unternehmer, daß sie mit der alten Form, die im vorigen Jahre unter demselben Vorsitzenden als Vereinbarung zustande gekommen war, einverstanden seien. Auch die Arbeitervertreter waren bereit, diese Form anzuerkennen. Strittig war nur die Zahl der von dem Unternehmer anzuordnenden Mehrarbeitsstunden.

Von keiner Partei war die Forderung erhoben worden, daß für strittige Fälle eine Schlichtungsinstanz eingesetzt wer-

den soll. Während der ganzen Verhandlung vor der Schlichterkammer wurde die Schlichtungsinstanz von keiner der Parteien mit irgendeinem Worte erwähnt. Trotzdem führt sich der Schlichter berufen, eine Schlichtungsinstanz einzusetzen, die das

Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte vollständig aufhebt und darüber hinaus dem Schlichtungsausschuss Kompetenzen erteilt, die ihm selbst nicht nach der Schlichtungsverordnung zustehen.

Darüber hinaus bedeutet der Schiedspruch, daß die Arbeiterschaft bis zur Entscheidung durch den Schlichtungsausschuss gezwungen ist, die vom Unternehmer einseitig angeforderten Ueberstunden selbst über die 51 Stunden hinaus zu leisten. Damit hat er den letzten Rest des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte unter hinwegnahme über die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes geraubt.

Der Schlichter glaubte aber auch,

ohne daß es von den Unternehmern verlangt worden ist,

die Mehrarbeit, die bisher auf 53 Stunden im Höchstfalle begrenzt war, bis auf 60 Stunden hinaus verlängern zu müssen.

Demgegenüber hat er den Arbeitern einen sehr geringen Gefallen getan, indem er die anordnungsfähige Arbeitszeit von 53 auf 51 Stunden zurückverdierte.

Der Schiedspruch bedeutet nicht nur eine untragbare Belastung für die Arbeiterschaft, sondern auch eine solche für das Reichsarbeitsministerium und den Reichsarbeitsminister.

Lohnbewegung im Einzelhandel.

Die Forderungen der Handelsarbeiter.

Der vom Verkehrsband für die Handelsarbeiter des Berliner Einzelhandels abgeschlossene Lohnvertrag läuft am 3. Oktober ab. In einer überfüllten Versammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses haben die im Verkehrsband organisierten Handelsarbeiter zu den Forderungen Stellung genommen, die von den Funktionären im Einzelhandel mit der Organisation aufgestellt worden sind.

Obwohl ein Teil der Diskussionsredner die Auffassung vertrat, daß die Forderungen der Funktionäre nicht weitgehend genug seien, wurden diese jedoch von der Mehrheit der Versammlung gebilligt.

Die Handelsarbeiter fordern für alle erwachsenen männlichen Arbeiter eine Lohnzulage von rund 15 Proz. und für die jugendlichen Arbeiter in den verschiedenen Gruppen eine Lohnhöhung von 18 bis 28 Proz. Sie verlangen ferner eine Herabsetzung der Altersgrenze der jugendlichen Arbeiter von 22 auf 21 Jahre sowie eine Erhöhung des Zuschlags für Kraftwagenfahrer von 8 auf 10 Mark.

Die Organisation erhielt schließlich noch den Auftrag, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß der neue Lohnvertrag nicht länger als bis Ende April 1929 laufen soll. Die Forderungen sind dem Arbeitgeberverband im Einzelhandel bereits übermittelt worden. Eine Antwort der Unternehmer liegt jedoch noch nicht vor. Es ist aber anzunehmen, daß es entsprechend dem Verlangen des Verkehrsbandes noch in dieser Woche zu Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien kommt.

Die Lodzer Textilindustrie befreit!

Lodz, 19. September. (Eigenbericht.)

Sämtliche Arbeiterverbände in der Lodzer Textilindustrie haben aus Protest gegen die Aushängung von Straftabellen in den Fabrikräumen, die für geringfügige Vergehen der Arbeiter, wie Lichtbrennenlassen, eigenmächtiges Inbetriebsetzen der Maschinen, Verspätung zur Arbeit, Sprechen und Lachen während der Arbeit, erhebliche Geldstrafen vorsehen, den allgemeinen Streik proklamiert. Am heutigen Tage ruhen bereits im ganzen Lodzer Textilrevier sämtliche Betriebe.

Die Verbände haben sich an die Regierung um Vermittlung gewandt, doch ist wenig Hoffnung vorhanden, daß der gegenwärtige Streik bald beendet wird.

Der Achtfundentag in Argentinien.

Buenos Aires, 19. September.

Das Parlament hat einstimmig den Gesetzesentwurf betreffend die Einführung des Achtfundentages angenommen.

Achtung, Bekleidungsarbeiter!

Die Arbeiterversammlung von gestern Abend mußte vertagt werden, da die Verhandlungsteilnehmer noch nicht zur Berichterstattung zurück waren. Die Versammlung findet bestimmt heute, Donnerstag, um 17 Uhr, in den Reichsbankgebäuden, Landwehrer Straße 21, statt. Eintritt nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches und der Streikkarte. Deutscher Bekleidungsarbeiterverband, Filiale Berlin.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Die Photographien von der Dampferfahrt können am Freitag während der Sprechstunde abgeholt werden. — Heute, Donnerstag, 19. Uhr, tagen die Gruppen: Köpenick; Schöneberg; Jugendheim, Volkstr. 22. Wit spielen. — Frankfurter Allee: Gruppenheim, Südt. Jugendheim, Alttauern Gruppenheim, Jugendheim, Grünauer Str. 5. Vortrag: „Jugend und Gewerkschaften.“ — Schöneberg: Gruppenheim, Jugendheim, Rieberschönweide, Berliner Straße 21. Vortrag: „Die Volkshäuser und ihre Bedeutung für die kulturelle Entwicklung der Arbeiterschaft.“ — Köpenick: Gruppenheim, Jugendheim, Reichsberger Str. 66 (Feuerwehrhaus), Vitzthumscher Abend. Über die Landstraße. — Tempelhofer Gruppenheim, Jugendheim, Logemann, Germaniastraße 4-5. Interessantes aus Hamburg, Eberstadt. — Charlottenburg: Gruppenheim, Jugendheim, Speckstr. 28. Unterhaltungabend. — Köpenick: Gruppenheim, Südt. Jugendheim, Lehrer Str. 18-19. Lustiger Abend. — Landwehrer Allee: Gruppenheim, Jugendheim, Große Frankfurter Straße 16. Vortrag: „Unsere Aufgabe stellt sich zum erstenmal auf.“ — Gesundbrunnen: Gruppenheim, Jugendheim, Kottb. Schule, Götterburger Str. Vortrag: „Die Kulturarbeit der Volkshäuser.“ — Wedding: Gruppenheim, Jugendheim, Orthsstr. 10. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung.“ — Köpenick: Gruppenheim, Jugendheim, Orthsstr. 10. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung.“

Jugendrappe des Zentralverbandes der Angestellten

Freitag, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Köpenick: Gruppenheim, Hauptstr. 15 (Zehringensaal). Vortrag: „Wie und die freie Sportbewegung.“ Referent: Alfred Schmidt. Achtung, Jugendfunktionäre! Achtung! Heute, nämlich 19. Uhr, findet Jugendfunktionärenversammlung im Jugendheim des Ostbahnhofs. Das Erscheinen jedes Funktionärs ist Pflicht!

Verantwortlich für den Text: Dr. Curt Geetz; Redaktion: G. Allgeheier; Gewerkschaftsbewegung: Reich. Sekretariat; Referent: Dr. John Schindler; Kollasch und Benitz; Freie Arbeiter: Kollasch; Angewandte: K. Gluck; Jämlich in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. 25 25. Außenposten & 2 2 Postlagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Großer

HERMANN

Damen-Bekleidung

- Kleiderstoffe**
- Popeline reine Wolle, doppeltbreit, Meter 1⁹⁵
 - Blusenflanelle reine Wolle, gestreift und kariert, Meter 2⁹⁰
 - Natté travers in lebhaften Farben, Meter 3⁵⁰
 - Woll-Crêpe de Chine mod. Wollstoff, viele Farb., Mtr. 3⁹⁰
 - Mantelstoffe ca. 140 cm breit, in englischem Geschmack, Meter 6⁹⁰
 - Ottomane ca. 140 cm breit, schwerer Mantelware, mit angeraucht. Absteife, Mtr. 7⁹⁰
 - Crêpe Jersey reine Wolle, ca. 130 cm breit, neuartige Herbestoffe, Meter 8⁷⁵
 - Velours mit kariert. Absteife, eleg. schwarze Mantelware, ca. 140 cm brt., Mtr. 11⁵⁰
 - Seide und Samt**
 - Faconné Kunstseide mit Baumwolle, für Mantelfutter, aparte Dessins, Mtr. 4⁵⁰
 - Kleidersamt gute Körperqualität, ca. 70 cm breit, Meter 4⁷⁵
 - Crêpe de Chine Kunstseide, modernes Farbensortiment, doppeltbreit, Meter 4⁹⁰
 - Satin Duchesse ca. 85 cm breit, Meter 4⁹⁰
 - Crêpe de Chine reine Seide, gute Kleiderware, viel Farb., Mtr. 6⁸⁰
 - Crêpe de Chine reine Seide, bedruckt, in mod. Dessins, Meter 8⁹⁰
 - Velours - Jacquard Orig. - französische Qualität, in aparte Farben, Meter 14⁵⁰
 - Baumwollstoffe**
 - Sportflanell gestreift, Meter 68 Pt.
 - Velours-Barchent solide Muster, Meter 85 Pt.
 - Frotté für Hauskleider, Meter 98 Pt.
 - Eiderflanell zwelferbig, gute Qualität, Meter 1⁴⁵
 - Pyjamaflanell Indischere, Meter 1⁵⁰
 - Flauschstoffe für Morgenröcke, Meter 1⁰⁵
 - Matelassé Kunstseide mit Baumwolle, f. Morgenkleid, Mtr. 2⁹⁵

- Tanzkleid aus Kunstseidenem Charmeuse, in schönen Farben, 22⁵⁰
- Veloufinekleid mit langen Ärmeln, in guter Verarbeitung, mit schöner Langettenstickerei, 29⁵⁰
- Sportmantel in schönen gemastert. Stoffen, mit Sattelfutter und Gürtel, moderne nette Form, 59⁰⁰
- Ottomanemantel ganz gefüttert, mit modernem Felakragen, 79⁰⁰

- Lumberjack Wolle mit Kunstseide, gute Qualität, Serie I 6⁷⁵ Serie II 7⁹⁰
- Crêpejumper Kunstseide (waschbar), in schönen Farben, 14⁵⁰
- Tuchweste armellos, mit reicher Handarbeit, 18⁵⁰
- Jumper Crêpe de Chine, reine Seide, mit reichem Handsatz, in vielen Farben, 19⁷⁵
- Lack-Spangenschuh mit geschweißtem oder Trolleurehsatz, 12⁵⁰
- Spangenschuh mit Kreppsohle, praktischer Strassenschuh, besond. preiswert, 13⁵⁰

Kinder-Bekleidung

- Waschsamkleid nette Passenform, in vielen Farben, mit weissem Bubi-Nipakragen, für ca. 2 Jahre, 6⁷⁵ Jede weit Größe 80 Pl. mehr
- Waschsam-Einknopfanzug in viel. Farb., mit weis. Ripakragen, für ca. 2 J., 6⁹⁰ Jede weit. Größe 80 Pl. mehr
- Knaben-Mantel aus Stoffen englischer Art, für ca. 3 Jahre, 13⁷⁵ Jede weit. Größe 1,00 mehr

- Backfisch-Kleid kunstseidener Taft, neue helle Farben, 9⁷⁵
- Backfisch-Tanzkleid aus Crêpe de Chine, moderne Volantform, neue Farben, 15⁷⁵
- Backfisch-Nachmittagskleid aus Veloutine, mit 3 Volants, in hübschen Farben, 29⁵⁰

Damen-Wäsche

- Bubi-Nachthemd farbiger Batist, 3⁹⁰
- Hemd hose gestreifte Kunstseide, mit Spitzen, 3⁹⁰
- Unterleid gestreifte Kunstseide, mit reicher Spitzenausstattung, 4⁹⁰
- Damen-Handschuhe Lederimitation, gelb, mit 2 Druckknöpfen, Spezialqualität „Hertle“, 1⁹⁵
- Damen-Handschuhe Nappa-Stepper, mit 2 Druckknöpfen, 3⁹⁰
- Damen-Handschuhe Wascheid.-Stepper, mit 2 Perlmutterknöpf., waschbar mit Wasser u. Seife, 4⁹⁰

- Complet gute Kunstseide, elegante Verarbeitung, 5⁷⁵
- Pyjama mit kurzen Ärmeln, farbiger Batist, 5⁹⁰
- Pyjama mit Seidenverschönerung, moderne Form, 10⁷⁵
- Gesteckter Filzhut fische Form, 8⁷⁵

Verkauf

HERMANN TIETZ

In unseren Häusern Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Belle-Alliance-Strasse
In der Zeit vom 19. bis 27. September
vormittags 11 Uhr, nachmittags 3 1/2 Uhr
Modenvorführungen.
Karten sind soweit Vorrat, an den Kassen der Damenkonfektions-Abteilungen gratis erhältlich.



*Ob macedonisch, ob kleinasiatisch,
ob südbulgarisch, ob südrussisch?--
auf die Qualitäten kommt es an!*



Aus Griechenland vertrieben,
in der Türkei modernisiert,
erhält der Alttürke nur noch
in Südbulgarien seine uralte
Tradition in Kleidung und
Lebensart. Damit wurde er
der Repräsentant der Spitzen-
leistungen in Tabakanbau und
Tabakpflege seiner politischen
Heimat.

Türken aus
Südbulgarien

*Die Reemtsma A.G. verfügt über jeden Tabak und besitzt von
jedem Tabak die besten Qualitäten, die es überhaupt gibt!*

Das beweist die

REEMTSMA CIGARETTE

OVA

im **Anraberformat**

5 Pf.

Zusammenbruch der Getreidezollpolitik.

Gute Ernte, schlechte Preise, teures Brot — Bauer und Verbraucher, verständigt euch!

Was die Sozialdemokratie immer vorausgesetzt hat, ist eingetreten: die erste gute Ernte nach zwei Missernten hat einen tiefen Sturz der Getreidepreise gebracht, und der „Zollschuß“ hat sich gegenüber diesem Preissturz als wirkungslos erwiesen.

Dies ist schon das zweite Mal, daß seit der Einführung der Getreidezölle die Sinnlosigkeit dieser angeblichen Schutzmaßnahme für die Landwirtschaft vor aller Augen offenbar wird. Ein ähnlicher Preissturz war bereits im Herbst 1925, also unmittelbar nach der Schaffung der neuen Zölle, eingetreten, wo die Landwirtschaft gezwungen war, fast die gesamte Roggenernte zu Preisen zwischen 1,50 und 7,50 M. für den Zentner, also noch unterhalb der Vorkriegspreise, zu verschleudern. Diesmal ist es in erster Linie der Weizen, der infolge des Zusammenstreffens einer reichen überfeuchten und einer guten deutschen Ernte von dem Preissturz betroffen ist, so daß die Weizenpreise heute mit 10,25 M. je Zentner etwa auf dem Stand der Vorkriegspreise und noch unter den Preisen von 1925 stehen.

Ebenso übel wie dem Landwirt ist es unter der Herrschaft dieses „Schutz“zollsystems dem Verbraucher ergangen, und man braucht sich nur in die hier bildlich dargestellte Entwicklung der Getreidepreise und der Brotpreise zu vertiefen, um die ganze Leidensgeschichte der Getreidezollpolitik aus einwandfreien Zahlen ablesen zu können.

Erntejahres —, daß die hohen Preise dann einsetzten, wenn die Landwirtschaft nichts mehr zu verkaufen hat und die Ernte in die Hände des Handels und der Mühlen übergegangen ist.

Das gleiche gilt von dem Wechsel der Erntejahre: in den Jahren mit knapper Ernte sind die Preise sehr hoch, um dann bei jeder guten Ernte, also 1925 und jetzt wieder 1928, tief herabzustürzen. So hat die Landwirtschaft in den ersten sechs Monaten des Jahres 1925/26 etwa 4 Millionen Tonnen Roggen verkauft und dafür einen durchschnittlichen Erlös von 150 M. je Tonne erzielt, in der zweiten Hälfte des Erntejahres 1926/27 dagegen, als die Preise auf 270 bis 280 M. die Tonne gestiegen waren, nur knapp eine Million Tonnen.

Und so wie die Landwirtschaft bei dem Auf und Ab der Preise nie etwas von den höchsten Preisen gehabt hat, so haben auch die Verbraucher niemals einen entsprechenden Vorteil von den Zeiten der niedrigen Getreidepreise gehabt, da, wie das Schaubild „Roggenpreise und Brotpreise“ zeigt, die Brotpreise dem

Die Sozialdemokratie hat damals gefordert, daß ein Sinken der Roggenpreise unter 180 M. und eine Steigerung über 220 M. verhindert werden sollte und ebenso ein Sinken der Weizenpreise unter 220 M. und eine Steigerung über 260 M. In den beiden ersten Schaubildern sind nun diese oberen und unteren Preisgrenzen eingezichnet, die die Sozialdemokratie damals als

Richtlinien einer ehrlichen Verständigung zwischen Erzeugern und Verbrauchern

beantragt hat. Und nun zeigt sich, daß, während die Zollpolitik völlig unzulänglich gewesen ist, der Landwirtschaft ausreichende Preise zu sichern, diese von der Sozialdemokratie geforderte Preispolitik tatsächlich der Landwirtschaft im Durchschnitt der Jahre einen höheren Ernteerlös gebracht, gleichzeitig aber die völlig unnötige Belastung der Verbraucher vermieden hätte. Bereits in den drei abgeschlossenen Erntejahren nach Einführung der Zölle hat die Landwirtschaft trotz Zoll und Zollerhöhung immer bei reichen Ernten erhebliche Getreidemengen zu Preisen weit unterhalb der von der Sozialdemokratie geforderten unteren Grenze verkaufen müssen, und nur in knappen Erntejahren, und besonders gegen Schluß der Erntejahre, wo die Landwirtschaft nichts mehr zu verkaufen hatte, haben die Preise für Roggen und Weizen oberhalb der von der Sozialdemokratie geforderten oberen Grenze gelegen.

Wenn bei Weizen nicht ein grundlegender Umschwung der gegenwärtigen Preisentwicklung eintritt, und die Preise in den Monaten der Ernteverwertung auch nur auf dem heutigen Stand bleiben, dann wird die Landwirtschaft in den ersten vier Erntejahren der Zollpolitik, von denen zwei (1925 und 1928) gute Jahre und zwei (1926 und 1927) schlechte Jahre waren, etwa 3,5 Millionen Tonnen zu Preisen von weniger als 220 M., also unterhalb der von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen unteren Grenze, etwa 3,4 Millionen Tonnen zu Preisen zwischen 220 und 260 M. und nur 2,9 Millionen Tonnen zu mehr als 260 M., also oberhalb der von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen oberen Grenze verkauft haben. Bei Roggen hat die Landwirtschaft sogar in den zurückliegenden Erntejahren bereits 4,4 Millionen Tonnen zu Preisen unterhalb 180 M. je Tonne verkauft, und der Verlauf der Roggenpreise im kommenden Jahr wird zeigen, daß auch hier trotz der Zölle der Durchschnittserlös unterhalb des Mittels der obigen Preisgrenze gelegen hat.

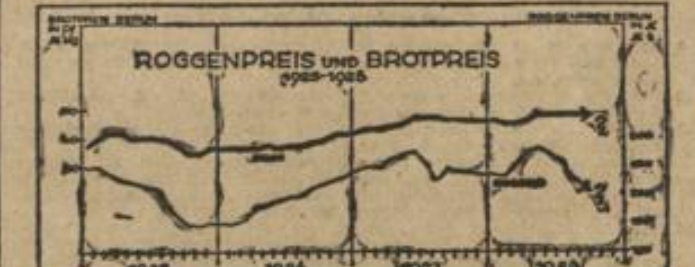
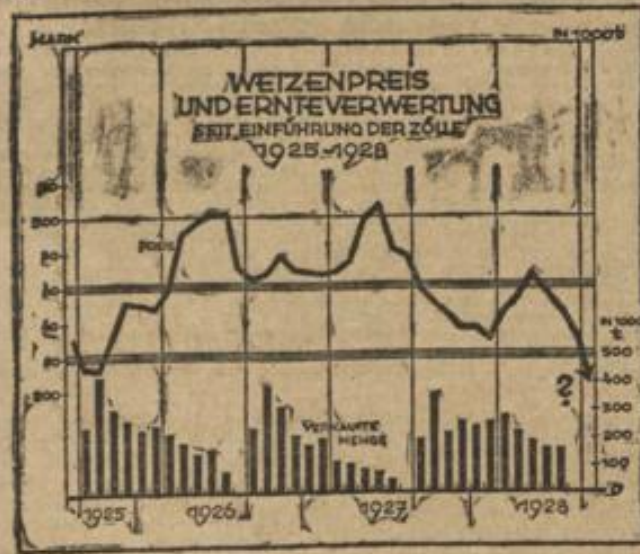
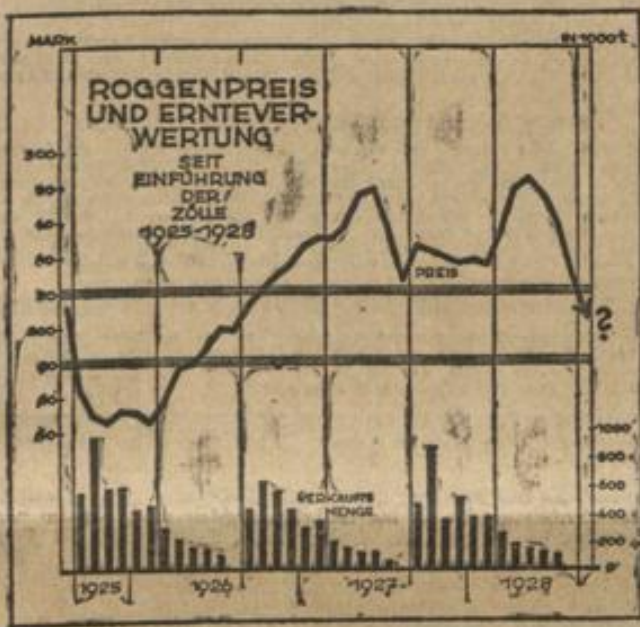
Der Verbraucher aber hat, und das ist das Entsetzende, in den sämtlichen Jahren im Brotpreis viel, viel höhere Preise bezahlen müssen. Auch als im Jahre 1925/26 die Landwirtschaft ihre reiche Ernte zu etwa 150 M. je Tonne verschleudern mußte, hat der Verbraucher niemals Brot gegessen, das auf einem niedrigeren Roggenpreise als etwa 200 M. je Tonne berechnet war. Im Durchschnitt der drei ersten Zolljahre hat der von den Verbrauchern im Brotpreis bezahlte „durchschnittliche“ Roggenpreis 236 M. die Tonne, der von der Landwirtschaft erzielt wurde, dagegen infolge der Preischwankungen nur etwa 200 M. die Tonne betragen.

Der völlige Zusammenbruch der Getreidezollpolitik kann also von keinem Veräußerten mehr geleugnet werden.

Die reiche Ernte dieses Jahres, die von Landwirten und Verbrauchern eigentlich als ein Glücksgeschenk begrüßt werden müßte, droht sich, zumal für die Weizen verkaufende bäuerliche Landwirtschaft in West- und Süddeutschland, zu einem Unglück auszuwachsen, und die Beunruhigung der Landwirtschaft, die ihre Ernte nicht absetzen kann, wird noch dadurch vermehrt, daß sie schwärzesten Befürchtungen über die weitere Entwicklung der Preise, besonders auch im Zusammenhang mit der noch nicht zu übersehenden, aber vermuthlichen günstigen argentinischen Ernte im Umlauf sind.

Forderungen an den Staat werden von den landwirtschaftlichen Berufsvertretungen aus allen Gegenden Deutschlands täglich lauter erhoben und werden aller Voraussicht nach in den kommenden Wochen und Monaten immer dringender der Regierung und der Gesetzgebung übermittelt werden. Die phantastischen Projekte tauchen, wie immer in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, auf. Demgegenüber können wir nur die Frage stellen:

Wann endlich in der jahrelang nach den alten Rezepten der Vorkriegszeit irre geleiteten, mit Zollprotektion verblendeten und gegen die städtischen Verbraucher verhetzten Landwirtschaft die Erkenntnis reif sein wird, daß diese ganze Politik des starren Zolles ein Schwindel ist, und daß eine Hilfe erst kommen kann, wenn Erzeuger und Verbraucher sich ehrlich verständigen im gemeinsamen Kampfe gegen die unerträglichen Preischwankungen, gegen Wucher, übermäßigen Zwischenhandel und Spekulation!



Sturz der Roggenpreise immer nur ganz unzureichend gefolgt sind.

Als im Wirtschaftsjahr 1925/26 in den Ernteverwertungsmonaten ein Preissturz des Roggens um über 100 M. je Tonne eintrat, ist das Brot nur etwa 3 Pf. je Pfund billiger geworden. Der Rückgang des Roggenpreises in den Ernteverwertungsmonaten des Jahres 1927/28, der trotz der knappen Ernte je Tonne doch etwa 50 M. ausmachte, ist beim Brot nur mit einer Preisentwertung von etwa 1 Pfennig je Pfund in Erscheinung getreten. Und der augenblickliche Preissturz, der innerhalb von vier Wochen einen Preisrückgang beim Getreide um 70 M. je Tonne herbeiführte, hat bisher überhaupt noch zu keiner Senkung des Brotpreises geführt.

Erzeuger und Verbraucher leiden also in gleicher Weise

unter den Folgen dieser katastrophalen Preischwankungen; sie müssen eine übermäßige Preisspanne zwischen dem Erzeugerpreis des Landwirts und dem Brotpreis in Kauf nehmen, weil die Preischwankungen natürlich für den Getreidehandel, die Mühlenindustrie, den Mehlhandel und das Bäckergewerbe eine gewaltige Vermehrung des Risikos bedeuten.

Unermüdlich hat die Sozialdemokratie auf dieses Verlagen des privaten Handels und auf den Unfug des starren Schutzzollsystems hingewiesen, das den Verbraucher brutal und besonders in den Zeiten, wo die Landwirtschaft nichts mehr zu verkaufen hat, sinnlos brutal belastet und der Landwirtschaft doch keinerlei Hilfe bringen kann.

Schon einmal, im Winter 1925, bei dem tiefen Preissturz unmittelbar nach Schaffung der Zölle hatte ja auch bei anderen Parteien im Reichstag die Erkenntnis gedämmert, daß die Zölle kein geeignetes Mittel sind, um der Landwirtschaft ausreichende Preise zu sichern. Das deutschnationale Ernährungsministerium Ranig brachte damals einen Gesetzentwurf „zur Sicherung der Erntebewertung“ ein, der die Beibehaltung der Reichsgetreidestelle vorschlug, aber bei den bürgerlichen Parteien des Reichstages keine Gnade fand. Von einer Gruppe der deutschnationalen Reichstagsfraktion wurde sogar der Vorschlag eines Getreidemonopols gemacht. Die Furcht der bürgerlichen Parteien vor jedem Eingriff in das private Wirtschaftsleben führte jedoch zur Ablehnung dieser Pläne und schließlich zur Gründung der Getreidehandelsgesellschaft, die als private Organisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Rautbüdingerindustrie, aber mit einem Betriebskapital von 30 Millionen aus Reichsmitteln, die Getreidepreise beeinflussen sollte. Die Sozialdemokratie hat damals alles ausgeboten, um den vernünftigen Ansaß, der in der Gründung einer starken Gesellschaft zur planmäßigen Beeinflussung der Getreidepreise liegt, zu einem wirklichen Instrument für eine vernünftige Getreidepolitik auszubauen. Insbesondere sollte die Gesellschaft unter eine wirkliche Kontrolle des Reiches gestellt und ihr durch Gesetzgebung feste Richtlinien für eine Geschäftspolitik im gemeinsamen Interesse der Erzeuger und Verbraucher mitgegeben werden.

Auf den Schaubildern „Roggenpreis und Ernteverwertung“ und „Weizenpreis und Ernteverwertung“ ist jedesmal Monat für Monat gleichzeitig mit der Preisentwicklung die von der Landwirtschaft verkaufte Erntemenge angegeben. Und nun zeigt uns das Schaubild, was der Verstand des Volkes eigentlich immer schon gemutht hat, daß die Getreidepreise immer dann niedrig sind, wenn die Landwirtschaft größere Erntemengen zum Markt bringen muß — also in den Monaten August bis Februar jeden

Das trifft sich gut, Annemarie

daß Sie heute Oetker-Pudding servieren, denn die Kinder meiner Freundin kommen mit zu Besuch und Schokoladen-Pudding essen sie so gern. — Ja, Oetker-Pudding lieben alle Kinder und auch die Erwachsenen.

Dr. Oetker's Puddingpulver

werden durch Zusatz von feinstem Reispulver jetzt in noch besserer Qualität hergestellt und enthalten außerdem die für die Blutbildung und den Körperaufbau notwendigen mineralischen Salze. 7 Päckchen kostet 10 Pfennig. — Viele Anregungen zur Bereitung von Nachspeisen und zum Backen von Kuchen, Torten und Kleingebäck aller Art bietet Ihnen das neue Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F, das Sie für 15 Pfennig in allen

einzelgängigen Geschäften erhalten. Sie erfahren aus dem Buch auch Näheres über den vorzüglichen

Backapparat „Küchenwunder“,

mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten und kochen können. — In völlig neuer Bearbeitung ist

Dr. Oetker's Schulkochbuch,

Ausgabe C wieder erschienen. Es will für jede Hausfrau und besonders für die angehenden ein guter Ratgeber in der Haushaltführung sein.

Zahlreiche farbige Tafeln vervollständigen die Sammlung von fast 500 Koch-, Back- und Einmach-Rezepten. Das 150 Seiten starke Buch ist, wie nicht vorrätig, gegen Einsendung von 30 Pfennig in Marken von mir direkt zu beziehen. —

Dr. August Oetker, Bielefeld.



